



Wien, 03.11.2014

Stellungnahme des Muslimischen Elternvereins zum Entwurf der Novellierung des Islamgesetzes

Als Eltern einer in Österreich geborenen Generation von muslimischen Kindern und Jugendlichen möchten wir unsere große Sorge und Bedauern über den vorgelegten Entwurf zur Novellierung des Islamgesetzes von 1912 ausdrücken. Während das Gesetz von 1912 Ausdruck einer Anerkennung war und das Bemühen signalisierte, den Islam in die Mitte der Gesellschaft zu tragen und MuslimInnen als selbstverständlichen Teil der österreichischen Gesellschaft mit Respekt zu behandeln, ist der neue Entwurf ein Signal für genau das Gegenteil: MuslimInnen sollen per Gesetz ausgegrenzt und nachteilig anders behandelt werden, als andere Religionsgemeinschaften in Österreich. Der Entwurf ist getragen von Misstrauen und Generalverdacht österreichischen MuslimInnen gegenüber, einhergehend mit dem Wunsch, der Bevölkerung die strenge Haltung und Härte des Staates MuslimInnen gegenüber spürbar zu machen. Dieser Gesetzesentwurf erweckt den Eindruck, als ob man damit auf Stimmenfang im rechten Lager gehen möchte. Die Stimmung unter der Mehrheitsbevölkerung gegen MuslimInnen in Österreich ist bereits sehr unangenehm geworden. Die verbalen und tätlichen Angriffe auf MuslimInnen und islamische Einrichtungen sowie die extrem muslimfeindliche Diskussion in Medien und Öffentlichkeit erhalten durch den im Gesetzestext mitschwingenden islamophoben Unterton weiteren Aufwind. Dadurch werden aber sozialer Frieden und gesellschaftliche Solidarität deutlich zerrüttet. Es ist ein Sondergesetz, das dem muslimischen Teil der Bevölkerung das Gefühl vermittelt, unerwünscht zu sein.

Die im Entwurf extra betonte Forderung zur positiven Grundeinstellung zu Staat und Gesellschaft macht Angst, dass sie als Maulkorb gegenüber kritischen mündigen BürgerInnen missbraucht werden könnte. Es ist ein unbestimmter und dehnbarer Begriff, der willkürliche Auslegungen zulässt. Zu konstatieren ist, dass der Entwurf weit davon entfernt ist, einen Beitrag zur positiven Aufnahme und Beheimatung und damit Integration der österreichischen Muslime in gesellschaftliche und rechtliche Strukturen



ihres Heimatlandes zu leisten. Es ist eine schockierende Zäsur des über 100 jährigen positiven und vorbildlichen Umgangs Österreichs mit seinen MuslimInnen.

Der Entwurf lässt erkennen, dass die Grundhaltung bei der Novellierung leider keine neutrale, sondern eine vorurteilsbeladene Einstellung zum Islam und zu MuslimInnen war. Das ist nicht die Grundposition des Staates, die wir uns und unseren Kindern wünschen.

Der Muslimische Elternverein lehnt den vorliegenden Entwurf des Islamgesetzes ab. Als Elternverein bemühen wir uns, unsere Kinder zu wertvollen Mitgliedern der österreichischen Gesellschaft zu erziehen und sie darin zu stärken, ihr Potential konstruktiv in die Gesellschaft einzubringen. Doch der Platz, der durch diesen Entwurf den heutigen und nächsten Generationen von MuslimInnen zugewiesen wird, ist in einer dezidiert herbeikonstruierten abgesonderten Parallelgesellschaft.

Alleine der Entwurf dieses Gesetzes führt bereits zu Hetz- und Hysteriestimmung in der Öffentlichkeit und schädigt das Klima in Schulen. Muslimische SchülerInnen werden von überforderten LehrerInnen misstrauisch beobachtet, das Vertrauensverhältnis zwischen LehrerInnen und SchülerInnen wird deutlich beschädigt, was eine Mindestanforderung an ein funktionierendes Schulsystem wäre. Uns wurden bereits jetzt schon viele besorgniserregende Vorfälle an Schulen von muslimischen SchülerInnen gemeldet, die wir dokumentiert haben.

Daher fordern wir mit Vehemenz, den vorliegenden Entwurf für ein neues „Islamgesetz“ ersatzlos zurückzunehmen und den MuslimInnen für die Erarbeitung eines angemessenen neuen Entwurfs eine transparente und faire Mitspracheposition auf breiter Basis zu ermöglichen.

Im Namen des Muslimischen Elternvereins

Obfrau

Mag.a Gülmihri Aytac